

## **Oxfam-Positionen zum Friedens- und Reintegrationsprogramm der afghanischen Regierung**

Vom 2. bis 4. Juni 2010 findet in Kabul eine nationale Friedenskonferenz ("Peace Jirga") statt. Dort kommen Vertreter der afghanischen Gesellschaft aus allen Teilen des Landes zusammen, um über die aktuelle Initiative der afghanischen Regierung zur Versöhnung mit Taliban und anderen Widerstandskämpfern zu beraten. Zentrales Element dabei ist das Friedens- und Reintegrationsprogramm (Afghanistan Peace and Reintegration Program), das Präsident Hamid Karsai im Vorfeld der Konferenz vorgestellt hat.

Oxfam analysiert in einem Briefingpapier ([„Reintegration Briefing Note“](#), May 2010 [pdf; 80 KB]) die Chancen und Risiken der aktuellen Friedensinitiative.

### **Zusammenfassung der Oxfam-Kritik**

Oxfam begrüßt alle Anstrengungen für einen umfassenden Friedensprozess, ist jedoch skeptisch, ob das geplante Reintegrationsprogramm wirklich geeignet ist, zu dauerhaftem Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung in Afghanistan zu führen.

Grundsätzlich kann die Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer positive soziale, politische, und wirtschaftliche Auswirkungen haben und zu mehr Sicherheit führen. Voraussetzung dafür ist ein tragfähiger Friedensprozess, der die wichtigsten Konfliktparteien und auch die Opfer von Kriegsverbrechen einbezieht. Dies ist aber leider nicht der Fall – es ist derzeit völlig ungewiss, ob die Friedensjirga überhaupt geeignet ist, einen solchen Prozesses in Gang zu setzen.

Im Gegenteil könnten manche Bestimmungen des Reintegrationsprogramms sogar bestehende lokale Konflikte verschärfen und Zivilpersonen gefährden. Oxfam kritisiert besonders den geplanten Einsatz von humanitärer Hilfe als Anreiz für Dorfgemeinschaften, sich an dem Programm zu beteiligen. Dies wäre erstens ein klarer Bruch der international anerkannten humanitären Prinzipien, wonach Nothilfe allein dem Bedarf zu folgen hat. Damit würden zweitens aber auch falsche Anreize geschaffen – etwa, möglichst viele Ex-Kämpfer zu produzieren, um mehr Hilfsmittel zu erlangen. Da das Regierungsprogramm außerdem offen auf die Schwächung der Aufstandsbewegung zielt, besteht drittens große Gefahr, dass beteiligte Zivilisten und Gemeinschaften gezielt zum Ziel von Gewalt und Racheakten werden könnten.

### **Empfehlungen**

Es gibt keine Patentrezepte, wie der bewaffnete Konflikt in Afghanistan beendet werden kann. Auf Basis der langjährigen Erfahrungen von Oxfam International, insbesondere bei unserer Arbeit mit einheimischen Partnern, geben wir jedoch folgende Empfehlungen an die afghanische Regierung und die Geberstaaten:

- Das Reintegrationsprogramm und andere Friedensinitiativen müssen stärker die potenziellen Gefahren für alle Beteiligten berücksichtigen und soweit wie möglich minimieren.

- Alle Initiativen zu Wiedereingliederung und Versöhnung müssen einem umfassenden Reformansatz folgen, der die Beseitigung der Ursachen des gewaltsamen Widerstandes zum Ziel hat, darunter maßgeblich die chronische Armut und die Vielzahl ungelöster Konflikte auf lokaler Ebene.
- Den Opfern von Gewalttaten muss Gerechtigkeit widerfahren, es darf keine pauschale Straffreiheit für Kriegsverbrecher geben. Programme zur Wiedereingliederung müssen mit Versöhnungs- und Ausgleichprozessen auf nationaler und lokaler Ebene einhergehen.
- Die Förderung von Dorfmilizen oder anderen illegitimen bewaffneten Gruppen muss beendet werden, da diese die Sicherheit der Zivilbevölkerung eher gefährden als fördern.
- Die afghanischen Bürgerinnen und Bürger müssen in alle politischen Prozesse zu Frieden und Versöhnung aktiv mit einbezogen werden.